

Frage Nr. 991 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema: „Zahlungsprobleme bei Energierechnung“

Das GrenzEcho berichtet am 22.03.2022 von den durch die stark angestiegenen Preise bedingten Zahlungsprobleme bei der Energierechnung.¹

In einem Interview erklärt Martine Engels, Präsidentin des ÖSHZ, die Kriterien einer Bezuschussung seien angepasst worden, um auch bei Menschen mit mittlerem Einkommen langfristig und dauerhaft finanzielle Schwierigkeiten zu verhindern.

Das ÖSHZ mache verschiedene Hilfsangebote, so auch Unterstützung bei der Überprüfung des Vertrags, der Einhaltung der Vorauszahlungen oder auch Verbesserungsvorschläge um den Gesamtverbrauch zu reduzieren.

Bisher sei die Nachfrage zwar noch nicht gestiegen, man gehe aber davon aus, dass sich dies bald ändern wird.

Die zusätzlichen Ausgaben sollen zum einen aus dem vom Föderalstaat geschaffenen Heizölfonds und zum anderen mit den Geldern, die dem ÖSHZ im Rahmen des Klimaplans der DG ausgezahlt wurden, finanziert werden.

Das größte Problem sei allerdings der Sozialarbeitermangel.

Hierzu meine Fragen:

1. Da die Anzahl der Menschen, die einen Sozialkredit anfordern werden, noch nicht bekannt ist, kann man kaum abschätzen, ob der verdoppelte Heizölfonds und die Gelder im Rahmen des Klimaplans der DG, die das ÖSHZ zur Bewältigung der anfallenden Kosten einsetzen will, ausreichen werden. Sind im Bedarfsfall weitere Mittel vorgesehen?

2. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um dem starken Sozialarbeitermangel, der durch die Flüchtlingskrise noch verstärkt wird, gerecht zu werden?

Antwort des Ministers:

Wie sie in Ihrer ersten Frage richtig schreiben, sind die Auswirkungen der steigenden Energie- und Heizölkosten auf die Hilfen der ÖSHZ aktuell noch nicht einzuschätzen.

Die Zugangsbedingungen und die Speisung des Heizölfonds gehören zur föderalen Zuständigkeit.

Die DG hat jedoch, im Rahmen der Übertragung der Zuständigkeit im Energiebereich, bereits Reformen zur Bekämpfung der Energiearmut auf den Weg gebracht, die im Parlament schon vorgestellt, diskutiert und zum Teil abgestimmt wurden.

Die neue Regelung sieht, anders als in der Wallonischen Region, keine maximale Höhe des Zuschusses pro ÖSHZ vor.

Zuvor war diese im Rahmen von Projektaufufen auf 50.000 Euro pro ÖSHZ begrenzt.

Mit der in der DG nun geltenden Regelung beläuft sich der Zuschuss jetzt auf 250 Euro pro Person, welche im vorletzten Kalenderjahr ein Eingliederungseinkommen bezogen haben. Dieser Betrag ist nicht gedeckelt.

Dies führt u.a. dazu, dass z.B. das ÖSHZ Eupen bereits für das Jahr 2021 einen Betrag in Höhe von 162.000 Euro erhalten hat, was eine Verdreifachung der Mittel im Vergleich zur Regelung der WR bedeutet.

Über den Einsatz dieser Mittel entscheidet das ÖSHZ vollständig autonom.

Wenn die Anzahl Eingliederungsempfänger aufgrund der Krisen steigt, steigt der Zuschuss ebenfalls. Somit trägt die neue Regelung der steigenden Energiearmut Rechnung.

Dieser Reform ist es geschuldet, dass ÖSHZ wie Eupen und St. Vith in den letzten Tagen neue Maßnahmen angekündigt haben.

Es war mir wichtig, dass die ÖSHZ nicht nur mehr finanzielle Unterstützung für die-se Arbeit erfahren, sondern, dass das System vereinfacht und flexibel gestaltet wird.

Die ÖSHZ können deshalb ihre Aktionen in völliger Autonomie definieren.

Darüber hinaus trägt das neue Energieprämiensystem der DG auch zur Bekämpfung der Energiearmut bei, da durch energetische Maßnahmen die Energiekosten der Haushalte langfristig verringert werden können.

¹ Zahlungsprobleme bei Energierechnung – Eupener ÖSHZ bietet Hilfe an - GrenzEcho.pdf -

<https://www.grenzecho.net/71205/artikel/2022-03-22/zahlungsprobleme-bei-energierechnung-eupener-oshz-bietethilfe>

Personen mit geringem Einkommen haben Anrecht auf eine Erhöhung der jeweiligen Basisprämie um 40 % und anstatt maximal 70 % für die Personen mit geringen Einkommen, werden sogar maximal 80 % der Sanierungskosten gewährt.

Das Problem des starken Sozialarbeitermangels bestand bereits vor der Krise und spitzt sich nun natürlich noch einmal zu.

Wie Sie wissen, gehört Bildung nicht zu meinem, sondern zum Zuständigkeitsbereich meiner Ministerkollegin, Lydia Klinkenberg.

Dennoch kann ich Sie darüber informieren, dass die Autonome Hochschule (AHS) einen neuen, praxisnahen Bachelorstudiengang unter dem Namen „Soziale Arbeit“ konzipiert, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Wann der Studiengang starten wird, steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest.
Wir hoffen, ausreichend Kandidaten für diesen Studiengang zu gewinnen.